

# Schlagabtausch im Kantonsrat um «Attraktivität» der Stadt

**SOZIALLASTEN** Winterthur stand gestern im Kantonsrat im Fokus. Zu den steigenden Sozialkosten der Stadt entspann sich eine Grundsatzdebatte mit markigen Voten.

Das Klischee vom «sozialen Spirit» und von den «Griechen der Schweiz», Demagogievorwürfe gegen links und Populismuskritik gegen rechts: Im Zürcher Rathaus entbrannten gestern Wortgefechte zwischen Winterthurer Kantonsräten.

Eigentlich hätte es ja um Dietikon gehen sollen. Die Diätiker Kantons- und Gemeinderätin Rosmarie Joss (SP) verlangte in einer parlamentarischen Initiative, dass die Sozialkosten im Kanton gerechter verteilt werden sollen. Es sei unsolidarisch, dass gewisse Gemeinden fast gar nichts bezahlen, nur weil sie keinen günstigen Wohnraum anbieten würden und damit auch keine Sozialhilfefälle im Ort hätten. Die Initiative überzeugte und wird nun an die zuständige Kommission weiterverwiesen.

Dietikon war in der Diskussion aber schnell vergessen, dafür musste Winterthur als Exempel herhalten. SP-Kantonsrätin Mattea Meyer verwies auf eine Zahl: 198. So hoch war die innerkantonale Nettozuwanderung an Sozialhilfefällen in die Eulachstadt im vergangenen Jahr. «Damit ist

Winterthur einsame Spitze», sagte Meyer und unterstrich damit ihr Votum für eine solidarischere Kostenverteilung. Statt dass Winterthur die Steuern erhöhen oder sparen müsse, brauche es einen fairen Lastenausgleich.

Der hiesige Ratskollege René Isler (SVP) widersprach: Winterthur sei für sein Defizit und auch für die Sozialkosten selbst verantwortlich. «Die Stadt muss schauen, dass sie nicht selbst zum Sozialfall wird», sagte Isler und schob nach: «Winterthur hat wieder eine starke Industrie: die Sozialindustrie.» SVP-Politiker Walter Langhard beteiligte sich nicht



**«Winterthur hat eine starke Industrie: die Sozialindustrie.»**

René Isler, SVP-Kantonsrat



**«Die Stadt nimmt ihre soziale Verantwortung mehr wahr als andere.»**

Andreas Daurù, SP-Kantonsrat

an der Diskussion im Parlament. Im Pausengespräch mit dem «Landboten» unterstrich der Kantons- und Gemeinderat jedoch die Haltung der Winterthurer SVP. «Die Stadt ist viel zu attraktiv für Bezüger von Sozialleistungen», so Langhard. Dazu trage auch das Ja zu günstigerem Wohnraum am vergangenen Abstimmungssonntag bei. «Noch mehr billige Wohnungen locken noch mehr Sozialhilfefälle an.» Das Stimmvolk habe sich damit ins eigene Fleisch geschnitten. Langhard sieht nur einen Weg: «Die Leistungen müssen nun gekürzt werden und die Stadt muss für arme Zuzüger um einiges unattraktiver werden.»

Die Stadt mit höheren Mieten unattraktiver machen? Davon hält Andreas Daurù (SP) nichts.

Der Winterthurer sieht die attraktiven Mietpreise viel eher als Selbstverständlichkeit, die Stadt nehme im Gegensatz zu reichen Gemeinden ihre soziale Verantwortung wahr, sagte er im Rat. Auch der Grüne Martin Neukom fand, in einer Stadt wie Winterthur den Wohnraum zu verteuern, sei falsch. «Es kann nicht sein, dass Bezüger von Sozialleistungen einfach gegenseitig abgeschoben werden.»

Die Schlussabstimmung der Debatte geriet somit zum Teil

auch zu einer Solidaritätsbekundung gegenüber Winterthur und mehrere Stadtvertreter sahen darin einen Erfolg für die Eulachstadt. Dies insbesondere nach dem «Korb», den die Stadt noch im vergangenen Mai vom Kantonsrat erhielt. Der beriet damals über eine Behördeninitiative des Winterthurer Gemeinderats: Die Sozialhilfekosten sollten kantonalisiert werden. Im Frühling fanden sich zu wenige Unterstützer, nun scheint der Wind etwas gedreht zu haben. *Mirko Plüss*

## «ES GEHT NICHT NUR UM WINTERTHUR»

**Sozialvorsteher** Nicolas Galladé (SP) zeigt sich erfreut über den Entscheid des Kantonsrats. Eine erste Hürde hin zu einer gerechteren Soziallastenverteilung sei damit genommen. Galladé wehrt sich jedoch gegen eine «Winterthurisierung» der Thematik. «Es geht nicht nur um Winterthur, es gibt weitere Gemeinden im Kanton, die in einer schwierigen Situation sind.» Der kürzlich veröffentlichte kantonale Sozialbericht habe gezeigt, dass die finanziellen Belastungen zwischen den Gemeinden sehr ungleich verteilt seien. Galladé wünscht sich nun

eine mehrheitsfähige Lösung. Sei die vorgeschlagene Anpassung des Finanzausgleichs aber nicht mehrheitsfähig oder zeitnah realisierbar, seien auch andere Wege möglich. «Es wäre denkbar, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Budgetposten im Sozialbereich solidarischer finanziert würden, indem alle Gemeinden pro Einwohner denselben Beitrag leisten», sagt Galladé. Ein ähnlicher Mechanismus sei bereits bei der Revision des Jugendheimgesetzes angedacht. «Auch dazu bräuche es aber eine kantonale Regelung.» *mpl*

## Islamist wohnte lange in Winterthur

**PROZESS** Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Terrorverdachts gegen drei inhaftierte Iraker. Einer davon verkehrte lange in einer Moschee in Veltheim.

Als paramilitärische Miliz war die Saddam-Fedajin einer der verlängerten Arme von Saddam Husseins Regime im Irak, bis US-Truppen 2003 in die Stadt einrückten und es stürzten. Die Fedajin kämpfte im Untergrund weiter, darunter auch drei inhaftierte Iraker, gegen welche die Staatsanwaltschaft derzeit ermittelt, wie die «SonntagsZeitung» berichtet. Sie werden verdächtigt, als Teil einer IS-Zelle von der Schweiz aus Anschläge in Europa geplant zu haben.

Demnach wohnte der damals 20-jährige Hauptverdächtige ab 2004 mit seiner Frau in Winterthur. Zwischen 2005 und 2008 soll er in der damaligen Arrahma-Moschee an der Bleichstrasse in Veltheim regelmässig bei einem radikalen Prediger namens Abu Mohammed verkehrt sein, der Spenden für den bewaffneten Widerstand gegen die US-Truppen sammelte. Dort habe der Iraker sich radikalisiert und sei zum Jihad-Sympathisant geworden. Sein Geld habe er auch mit Menschenschmuggel verdient. Ab 2012 lebte er in einer Zürcher Vorortsgemeinde. *hit*

## In Kürze

### WINTI-MÄSS

So viele Besucher wie zuletzt 2007

Die Winti-Mäss-Organisatoren zählten über 40 000 Besucherinnen und Besucher. Das sind laut Messechef Andreas Künzli rund 4 Prozent mehr als zuletzt, aber kein neuer Besucherrekord. *red*

### ZUR WAHL VORGESCHLAGEN

Russische Bahn will Sulzer-Präsident

Die staatliche russische Bahn RZD hat Peter Löscher, den Verwaltungsratspräsidenten von Sulzer, zur Wahl in ihr Aufsichtsgremium vorgeschlagen. Löscher hatte bis 2013 den deutschen Siemens-Konzern geleitet. *red*

### HERRENLOSER HUND

Angebunden und zurückgelassen

Die Stadtpolizei sucht den Halter eines fünf Monate alten schwarzen Spitz-Mischlingsrunden. Der Hund war am Montagmorgen an der Zürcherstrasse aufgefunden worden. *red*

### RÜCKSCHAU

Zeit für Zeitungen und Zeitschriften

Heute Dienstag von 12.15 bis 12.45 Uhr zeigt die Studienbibliothek an der Museumstrasse Schweizer und Winterthurer Zeitungen und Zeitschriften – zum Lesen liegt auch die erste Ausgabe des «Landboten» auf. *red*

## Behinderte helfen mit im Wald

**FORST** Eine Gruppe der Brühlgut-Stiftung nimmt neu das Laub im Brühlbergwald zusammen. Der Forstbetrieb wird dadurch zum zweiten Mal dieses Jahr entlastet.

Die Brühlgut-Stiftung, die behinderten Menschen Wohn- und Arbeitsplätze bietet, hat eine Waldpatenschaft übernommen: Eine Gruppe von Bewohnenden sorgt regelmässig für die Pflege und den Unterhalt des Brühlbergwaldes. Dadurch soll Abwechslung im Beschäftigungsprogramm der Stiftung geschaffen sowie die Stadtförsterei entlastet werden, wie es in einer Mitteilung der Stadt heisst. Je nach Jahreszeit unterscheiden sich die Arbeiten, aktuell werden beispielsweise die Fusswege entlaubt.

Seit dem Frühling dieses Jahres unterstützt bereits eine andere

Gruppe Freiwilliger den Forstbetrieb: Jeweils ein- bis zweimal wöchentlich jäten die Winti-Rangers Unkraut, sammeln Abfall ein oder erledigen Aufräumarbeiten, die nach der Holzerei anfallen.

Sowohl die Patenschaft der Brühlgut-Stiftung als auch die Arbeit der Winti-Rangers entlasten die Förster bei aufwendigen Tätigkeiten, sagt Stadtförstmeister Beat Kunz. Dadurch könne sich der Forstbetrieb auf Facharbeiten wie beispielsweise den Holzschlag konzentrieren. Kunz ist froh um die Unterstützung, da er im Zuge der Sparmassnahmen freie Stellen nicht mehr besetzen kann. Für ihn ist aber wichtig, dass der Aufwand für die Koordination der Freiwilligen nicht zu gross wird. «Nur wenn sich die Gruppen weitgehend selber organisieren, sind sie für uns eine grosse Hilfe.» *lsc*



Die Strategie, mit teuren Wohnungen gute Steuerzahler anzulocken, habe das Archareal in eine «Loftwüste» verwandelt, hiess es am Protestumgang. *hd*

## Winterthur, von ganz links gesehen

**PROTEST** Achtzig Personen folgten am Sonntag dem Aufruf zum Rundgang «Der Stadtaufwertung den Prozess machen». Er blieb friedlich.

Zwischen Samichlauseinzug, Rösslitramp und Sonntagsverkauf fiel der achtzigköpfige Menschenzug aus dem Rahmen. Das lag aber vor allem an der hohen Dichte von Piercings, Bärten und Kapuzenpullis, weniger an politischen Plakaten. Das grosse Transparent mit der Aufschrift «Der Stadtaufwertung den Prozess machen» hatten die Teilnehmer nur beim Start im Vögelpark entrollt.

Friedlich zog die Kolonne durch die Altstadt, begleitet von einigen Kindern und Hunden. Laut wurde es nur dann, wenn ein Redner über den mitgerollten

Lautsprecher dozierte. Das war im Vögelpark, im Rathausdurchgang, vor den Archhöfen und am Lagerplatz der Fall, wo der Zug auch endete. Die Polizei war bei alledem nicht anwesend oder zumindest nicht sichtbar.

Die Unaufgeregtheit war nicht selbstverständlich bei einer Aktion, die sich auf ihren Flyern auf die Tanzdemo Standortfucker bezog. Dort war es im letzten Herbst zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden gekommen. Die Berufungsprozesse der Gebüssten waren auch am Sonntagnachmittag ein Thema. Von der «Klassenjustiz» erwartete man keine Gerechtigkeit, sagte ein Redner. Und lud dazu ein, am 9. Januar vor dem Bezirksgericht Geschlossenheit zu demonstrieren, der Prozess betreffe alle.

Der neu vorgestellte Protestsong der Bewegung, ein schmissiger Hip-Hop-Track, bringt die Befindlichkeit auf den Punkt: «Oisi Schtadt, oises Quartier, wäg mit de Yuppies, wäg mit de Schmier.» Das Misstrauen der alternativ Gesinnten gegenüber der Polizei und dem Einsatz bei der Tanzdemo ist bekannt. Mehr Gewicht hatten beim Rundgang darum die «Yuppies», oder besser gesagt die unter SP-Stadtpräsident Ernst Wohlwend begonnene Aufwertungspolitik und ihre Folgen.

### Scharfe Kritik an Privatisierungsplänen

Am Ecopop-Abstimmungssonntag kam deshalb die Wachstums-kritik für einmal von ganz links. Die Stadt bezahle heute die Zeche für die Grossstadträume von gestern. Während private Immobili-

enfirmen absahnen, müsse die öffentliche Hand die Infrastruktur zahlen. Die Strategie, mit teuren Wohnungen gute Steuerzahler anzulocken, sei gescheitert, habe aber das Arch- und das Sulzer-Areal in eine «Loftwüste» verwandelt. Günstiger Wohnraum fehle zunehmend, viele würden verdrängt.

Scharf kritisiert wurden auch die Privatisierungspläne diverser städtischer Abteilungen (Stadtgärtnerei, Stadtwerk, Stadtbuss, Alterszentren, Theater) aus der Küche der FDP. Nach einem Rundgang durch die Werkstätten des Machwerks, eines privaten Nachfolgeprojekts der weggesparten Offenen Werkstatt, endete der Spaziergang neben dem ZHAW-Architekturgebäude mit Essen und Punkmusik.

Michael Graf